

Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion und die digitale Revolution

Im Anschluss an die Finanzkrise von 2007/2008 diskutierte die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie ein Jahr lang intensiv die Frage nach dem Charakter der Krise, die in einem Beinahe-Zusammenbruch manifest geworden war. Sie publizierte die Ergebnisse ihrer Recherchen und Reflexionen im April 2010 in Form eines Working Papers, das den Titel *Zu reich für den Kapitalismus – Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion* trug (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, zuletzt in einer leicht aktualisierten Version publiziert 2014). Damals führten wir den Begriff der *gesellschaftlichen Investitionsfunktion* ein. Mit Hilfe dieses Begriffs diskutierten wir die Frage nach der Tiefe die Krise und nach Lösungsansätzen, die über eine Bekämpfung der Symptome hinausgeht.

Acht Jahre nach der Erarbeitung dieses Textes ist es angebracht, unsere Aussagen kritisch zu reflektieren. Im ersten Abschnitt erläutere ich die Methoden, die wir damals angewandt haben sowie die zentralen Aussagen, zu denen wir gelangt sind. Der zweite Abschnitt geht der Frage nach, ob der Innovationsschub, der gegenwärtig unter dem Begriff der digitalen Revolution diskutiert wird, Anlass zu einer Revision unseres Erklärungsansatzes gibt. Der dritte Abschnitt ist der Frage gewidmet, ob wir uns weiterhin in einem fundamentalen Krisenzyklus befinden, oder ob ein Ende dieses Zyklus absehbar ist.

Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion

Seit der neolithischen Revolution (d.h. der Entfaltung der Landwirtschaft) verfügt jede Gesellschaftsformation über ein Set von Verfahren, mit denen ein Teil des wirtschaftlichen Ertrags dem Konsum entzogen wird, um ihn als Mittel für Investitionen bereitzustellen. Ein Beispiel: Ein Teil der Getreideernte muss als Saatgut zurückbehalten werden, wenn auch in einem kommenden Jahr wieder Aussaat und Ernte möglich sein sollen. In den Begriff der GIF schliessen wir auch ein, wie und in welchem

Interesse diese Mittel eingesetzt werden, in welche Produkte, Produktionsmittel, Reproduktionsverfahren und weitere Sphä-

Beat Ringer

ist geschäftsführender Sekretär des Denknetzes.

ren (z.B. Kultur) also investiert wird und welche spezifischen Interessen dabei bedient werden. Die Ausformung dieser Investitionsfunktion ist für die entsprechende Gesellschaftsformation von prägender Bedeutung, weil sie die Entwicklungsdynamik einer Gesellschaft bestimmt. Gerät die GIF in eine Krise, trifft dies die Gesellschaft in ihrem Mark. Eine entsprechende Analyse der GIF müsste also erlauben, die Tiefe einer Krise auszuloten. Ebenso sollte man auf diese Weise wichtige Hinweise darauf finden, was erforderlich ist, um aus einer Krise herauszukommen.

Im Kapitalismus nimmt der Grossteil der Investitionsmittel die Form von Kapital an, über dessen Verwendung private Kapitaleigner entscheiden.

An zweiter Stelle sind staatliche Investitionen in Infrastrukturen und in soziale respektive Bildungseinrichtungen zu nennen. Allerdings ist auch in diesem Bereich der Einfluss des Kapitals (insbesondere der Grosskonzerne) beträchtlich. Beim globalen Standortwettbewerb dreht sich vieles darum, wer den Weltkonzernen die attraktivsten Standortbedingungen anzubieten vermag. Folglich werden unter dem Druck des Standortwettbewerbs auch die staatlichen Investitionen mittelbar und unmittelbar auf die Interessen dieser Konzerne ausgerichtet.

Wir unterscheiden einen qualitativen und einen quantitativen Aspekt der GIF. Der qualitative Aspekt beantwortet die Frage, wie die Ausrichtung der Investitionen mit dem gesellschaftlichen Bedarf in Übereinstimmung gebracht wird. Im Kapitalismus besteht zwischen Bedarf und Ausrichtung der Investitionen eine grundlegende Kluft, weil die zentrale Dynamik der GIF (die Erzielung von Profiten) auf eine ständige Mehrung der des Kapitals ausgelegt ist und dabei Anliegen und Bedürfnisse negiert, die dieser Mehrung nicht unmittelbar dienen (z.B. Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Bedürfnisse, die sich nicht in Kaufkraft ausdrücken). Politik und Gesellschaft versuchen in der Folge, diese Kluft (z.B. mit entsprechenden Regulierungen) zu verkleinern. Doch auch wenn dies teilweise gelingt, tun sich immer die Gräben immer wieder von neuem auf. Die Kluft zwischen der Profitvermehrung und dem Bedarf äussert sich unter anderem auch im Wachstumszwang, der zu permanenten Widersprüchen mit ökologischen und sozialen Anliegen führt.

Der quantitative Aspekt der GIF geht die Frage nach, ob die Menge der akkumulierten Investitionsmittel auch dem realen Investitionsbedarf entspricht. Dabei können drei grundsätzlich verschiedene Konstellationen auftreten: Die Nachfrage nach Investitionen ist höher als die akkumulierten Mittel (Mangelsituation, wie sie z.B. für die Jahre nach dem

2. Weltkrieg charakterisierend war); Mittel und Nachfrage entsprechen sich (Gleichgewicht); oder die Mittel übersteigen die Nachfrage (Überakkumulation)¹. In Übereinstimmung mit vielen kritischen AutorInnen hatten wir 2010 ein fundamentales Ungleichgewicht von Mitteln und Möglichkeiten diagnostiziert, und zwar in Form einer strukturellen Kapitalüberakkumulation, d.h. einem Zuviel an Kapital, das nicht nur vorübergehende (konjunkturelle), sondern tieferliegende Gründe hat und nun bereits seit über 30 Jahren andauert. Dieses Zuviel, so unsere Aussage, sei Ausdruck einer inhärenten Systemkrise, die aus den Mechanismen des Kapitalismus selbst erwächst.

Die Überakkumulation lässt sich sowohl empirisch als auch symptomatisch belegen. Symptomatisch drückt sich die Überakkumulation von Kapital etwa darin aus, dass immer mehr Kapital zu spekulativen Zwecken eingesetzt oder für Fusionen aufgewendet wird, obwohl im Ergebnis sehr vieler dieser Fusionen mit Kapitalverlusten einhergehen. Zur Empirie gehören diverse statistische Belege, wie sie z.B. von der UNO oder von kritischen Ökonomen wie Jörg Hufschmid (Hufschmid, 2009) und Michel Husson (Husson, 2009) vorgelegt werden und die auch in aktuelleren Beiträgen Niederschlag finden (Summers, 2013). Dabei wird unter anderem evident, dass die Investitionsquote in den letzten 30 Jahren in fast allen Ländern gesunken ist (die Investitionsquote weist aus, welcher Anteil des Wirtschaftsprodukts (BIP) in reale Investitionen fließt).

Wir haben für diese quantitative Krise vier zum Teil verschränkte Erklärungen aufgeführt. Erstens ist in der Güterfertigung und in der Erbringung von Sachdienstleistungen ein hohes Rationalisierungsniveau erreicht (Stichwort vollautomatisierte Fabrik). Der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen ist deshalb im Vergleich zu den Jahren vor 1973 anteilmässig zurückgegangen. Zweitens hat sich dadurch die Konkurrenz zwischen den Unternehmen deutlich verschärft. Diese haben deshalb begonnen, Kosten zu senken (insbesondere auf Lohnkosten und die Steuerabgaben). Mit den Kosteneinsparungen zulasten der Lohnabhängigen und der Staaten geht aber wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern und nach staatlichen Einrichtungen zurück, was vice versa die Investitionsbereitschaft beeinträchtigt².

Drittens hat sich der Charakter vieler Investitionen fundamental geändert: Im Vordergrund stehen wissensbasierte Güter oder Komponenten (z.B. in Form von Software). In Gegensatz zu materiellen Gütern fallen bei wissensbasierter Software keine Produktionskosten an. Ist eine Software einmal erstellt, entstehen keine weiteren Herstellungskosten. Dies senkt den Kapitalbedarf erheblich. Viertens: Während Güter und Sach-

dienstleistungen hoch rationalisierbar sind, ist der diesbezügliche Spielraum bei den personenbezogenen Diensten wie Altenpflege, Kinderbetreuung, Bildungs- und Kulturarbeit sehr eingeschränkt. Kosten lassen sich hier nur zu Lasten der Qualität einsparen. Das macht den Care- und den Bildungs-Sektor für das Kapital sperrig, was mit der These der divergierenden Produktivitäten zum Ausdruck gebracht wird (Madörin 2011, Baumol 2012). Und weil gerade dieser Sektor der personenbezogenen Dienste erheblich wächst, verschärft dies die gegenwärtige quantitative Krise der GIF.

In der Summe – so unsere Schlussfolgerung von 2010 – befindet sich der Kapitalismus in einer tiefen Verwerfung, aus der nur eine fundamentale Neuausrichtung der Gesellschaft herausführen kann. Eine solche Neuausrichtung muss in der Lage sein, die Gesellschaften auf die Stabilisierung und Stärkung der personenbezogenen Arbeit auszurichten; sie muss die ökologischen Gegebenheiten gebührend berücksichtigen, die blinden Wachstumszwänge durchbrechen und die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums korrigieren; sie muss sicherstellen, dass sich alle Weltregionen angemessen entwickeln können; und sie muss ganz allgemein dafür sorgen, dass der demokratisch ausgehandelte gesellschaftliche Bedarf unmittelbar in die Investitionsentscheidungen einfließt.

Die Krise der GIF und die digitale Revolution

In den letzten Jahren hat die digitale Umwälzung von Wirtschaft und Gesellschaft verstärkt Fahrt aufgenommen und eine Welle von Innovationen in Gang gesetzt, die bereits zu wesentlichen Umwälzungen geführt haben und weiter führen werden; Charakter und Folgen dieser Umwälzung sind das Thema dieses Jahrbuchs. Ein Schwerpunkt dieser Innovationswelle liegt bei der Software (Applikationen, Sammlung und Verwertung von enormen Datenmengen), ein weiterer Schwerpunkt in der zunehmenden Computerisierung von Produktions- und Konsumgütern, d.h. ihrer Bestückung mit Computerchips und Sensoren, ein dritter in der Verallgemeinerung der Echtzeit-Kommunikation über Netzwerke. Dabei stellt sich die Frage, ob diese Innovationswelle das Potential hat, die Ära des finanzgetriebenen, instabilen Kapitalismus abzulösen und dabei die oben beschriebene Krise der GIF zu überwinden.

Dazu müsste der Investitionsschub das heute überschüssige Kapital zu wesentlichen Anteilen absorbieren, und es müsste gelingen, die Investitionen wieder vermehrt auf den gesellschaftlichen Bedarf auszurichten. In quantitativer Hinsicht müssten für eine solche starke Wirkung zwei – sich tendenziell widersprechende – Anforderungen erfüllt sein: (1) Neue

Technologien müssen massive Investitionen in neue Produktionsmittel- und verfahren auslösen, damit die Profitabilität ›in der Fläche‹, d.h. in breiten Sektoren der Wirtschaft gesteigert werden kann. Nur so kann eine breit abgestützte, hohe Investitionsneigung ausgelöst werden. Das hiesse aber auch, dass menschliche Arbeit auf ebenso breiter Basis weg-rationalisiert wird. Denn genau dies ist die Voraussetzung für einen breiten Investitionszyklus in Produktionsmittel. Tatsächlich erwarten etliche AutorInnen, dass die laufende digitale Revolution einen neuen Rationalisierungsschub auslöst. Von den gegenwärtigen Erwerbsstellen sollen demnach bis zur Hälfte vom Verschwinden bedroht sein.

Gleichzeitig müssten (2) diese neuen Technologien aber auch in genügendem Masse beschäftigungswirksam sein, um Kaufkraft zu generieren, das heisst es müssten entsprechend viele neuen Produkte entwickelt werden, deren Produktion die oben aufgeführten Verluste an Arbeitsplätzen mehr als kompensieren würden. Geschieht dies nicht, dann schwindet die Kaufkraft und die wirtschaftliche Nachfrage, was sich krisenverschärfend auswirken würde. Zusätzlich könnte auch der arbeitsintensive Care-Sektor erheblich ausgebaut werden. Allerdings lassen zwei Gründe vermuten, dass die Beschäftigungseffekte viel zu gering ausfallen, um aus dem finanzmarktgetriebenen Regime herauszuführen. Erstens ist dies der hohe Anteil der Software im neuen Technologiezyklus. Software verursacht wie schon erwähnt zwar Entwicklungskosten und Unterstützungsbedarf, aber keine Produktionskosten und ist deshalb vergleichsweise wenig beschäftigungswirksam. Und zweitens müsste der Ausbau des Care-Sektors mit einer Rückverteilung des Reichtums von den Konzernen und den Superreichen in die Breite der Gesellschaft verbunden werden, damit genügend neue Kaufkraft generiert wird. Dies wird auf freiwilliger Basis mit Sicherheit nicht geschehen. Also müssten sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erheblich zugunsten der Zivilgesellschaften und der Gewerkschaften verschieben. Oder aber die Arbeitsmärkte müssten stark austrocknen. Beides ist nicht absehbar.

Eine deutliche und stabile Zunahme der Investitionsquote (also des BIP-Anteils, der in reale Wirtschaftstätigkeiten investiert wird) wäre ein massgebender empirischer Ausdruck davon, dass die finanzgetriebene, krisenhafte Phase überwunden wird. Die Investitionsrate müsste dafür mindestens auf ein Niveau steigen, bei dem der Grossteil der aktuell anfallenden Profite absorbiert wird. Leider sind zur Zeit länderübergreifende empirische Daten dazu noch kaum verfügbar. Denn diese Daten sind hoch aggregiert (d.h. aus vielen Grundlagendaten zusammengesetzt) und liegen deshalb im Allgemeinen erst mit deutlicher zeitlicher Verzögerung vor. Immerhin: Hans weist die neueren Zahlen für die

Schweiz aus (siehe die folgende Grafik und die Erläuterungen). Aus diesen Zahlen lassen sich keine wesentlichen Veränderungen erkennen. Im Gegenteil: Den steigenden Profiten stehen weiterhin sinkende Nettoanlageinvestitionen gegenüber (diese Investitionen machen den innovativen Anteil der Gesamtinvestitionen aus). Allerdings ist damit noch nicht geklärt, ob die Schweiz ein Spezialfall ist.

Bleibt die Frage, ob sich eine Wende mindestens symptomatisch abzeichnet, ob man also zum Beispiel entsprechende Veränderungen im Investitionsverhalten von Grosskonzernen beobachten kann. Tatsächlich gibt es einige wenige Konzerne, die nicht nur enorme Kapitalien anhäufen, sondern diese auch wieder investieren. Etwa Alphabet, der neue Mutterkonzern von Google: Alphabet investiert hohe Summen in Bereiche, in denen ein Return on investment nicht gesichert, ja zum Teil noch nicht einmal in Ansätzen absehbar ist. Allerdings macht eine Schwalbe noch keinen Frühling. Andere Konzerne wie etwa Apple ›sitzen‹ auf enormen Kapitalien, ohne diese in vergleichbarem Mass produktiv zu investieren.

Jedenfalls ist die generelle Nachfrageschwäche noch lange nicht behoben. Weltweit stagnieren die Löhne, und inflationäre Tendenzen sind nicht in Sicht. Deshalb zögern die Nationalbanken, ihre Konjunkturstützungspolitik (tiefe oder sogar negative Zinsen, weitere Unterstützungsmassnahmen wie Aufkäufe von Wertpapieren) zurückzufahren. Die Negativzinsen, wie sie z.B. die Schweizer Nationalbank einfordert, sind allerdings eine Art Antithese zum Kapitalismus: Kapital wird dabei offiziell und systematisch vernichtet. Gleichzeitig erleben wir eine nun schon lange andauernde Hausse der Aktienkurse, und die Immobilienpreise sind wieder stark angestiegen. Die Finanzmärkte sind offensichtlich immer noch ein zentraler Treiber des Wirtschaftsgeschehens.

Was aber würde geschehen, wenn personenbezogene Dienste (Betreuung, Pflege, Bildung, Kultur) durch den Einsatz von Robotern und digitalen Assistenten doch einer erheblichen Rationierung zugeführt werden könnte? Würde damit zumindest die Care-Krise - also der steigende Mangel an bezahlter und nichtbezahlter Care-Arbeit - entschärft oder behoben? Zweifel sind auch hier angebracht. Zum einen würde eine Rationalisierung von personenbezogenen Diensten auf breiter Basis zu erhöhter Erwerbslosigkeit führen und damit wiederum die Nachfrage schwächen, was die Krisendynamik nochmals verschärfen würde. Zum andern ist aber überhaupt fraglich, ob die Qualität beziehungsbasierter menschlicher Arbeit durch Technik ersetzt werden kann, und wenn ja, ob dies von den Menschen akzeptiert würde.

Schliesslich stellt sich die Frage, ob die digitale Revolution zumindest

in qualitativer Hinsicht zu bedeutenden Fortschritten führen könnte. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn Innovationen zu einer Stärkung der Nachhaltigkeit oder zur Verringerung des Grabens zwischen Arm und Reich genutzt würden. Eine solche Ausrichtung wäre technisch gesehen natürlich vorstellbar. Doch dafür müsste sich ein entsprechender gesellschaftlicher Wille formieren und durchsetzen – von alleine wird dies mit Sicherheit nicht geschehen. Diesbezüglich ist aber kein gesellschaftliches Momentum auszumachen. Im Gegenteil: War im unmittelbaren Nachgang zur Finanzkrise von 2008 noch eine Diskussion über einen Green New Deal entbrannt, also um einen wirtschaftspolitischen Gesamtplan zur massiven Erhöhung ökologisch sinnvoller Investitionen, so ist dieser Schwung schon wieder völlig erlahmt.

Vorübergehende oder tiefliegende Krise?

Bei der weit verbreiteten Diagnose einer multiplen oder Mehrfach-Krise (zum Beispiel Demirovi 2011) liegt das Augenmerk darauf, dass sich verschiedene Krisenstränge überlagern, etwa eine klassische ökonomische Krise der Kapitalüberakkumulation mit ökologischen, sozialen und politischen Krisen. So lässt z.B. die AutorInnengruppe der PROKLA-Redaktion in einem neueren (im übrigen lesenswerten) Text zur Krise offen, ob es zwischen den diversen krisenhaften Vorgängen ›innere Zusammenhänge‹ gebe (PROKLA, 2016, S.508). Auch ich finde den Begriff der Mehrfach-Krise sinnvoll, weil die verschiedenen Krisenstränge ihrer je eigenen Logik folgen. Der Verlauf der hauptsächlich ökonomisch bestimmten Finanzkrise von 2007/08 etwa weist keine enge Koppelung mit der Krise der Klimaerwärmung auf, auch wenn beides wesentlich mit der konkurrenzbasierten Profitorientierung des Kapitalismus zu tun hat. Die Art, wie verschiedene Krisenstränge zueinander und ineinander wirken ist daher nicht vorhersehbar und teilweise auch zufällig. Das Zusammenwirken verschiedener Krisen kann die Gesamteffekte erheblich verstärken.

Viele AutorInnen gehen aber davon aus, dass die Tiefe der gegenwärtigen Krise(n) nicht alleine durch die zufällige Kombination verschiedener Krisenstränge zu erklären ist. Die Rede ist dann beispielsweise von einer strukturellen Krise, die oft in einen Zusammenhang dem Modell der verschiedenen kapitalistischen Akkumulationsregimes (Michel Aglietta) gebracht wird. Demnach mündet der Kapitalismus periodisch in ein Setting von Klassenverhältnissen, globalen Machtkonstellationen und ökonomischen Organisationsformen (die u.a. von Technologien und ihrer Anwendung geprägt sind), das sich zu einem dominanten Regime formt. Solche Regimes legen die Rahmenbedingungen für die

Kapitalakkumulation, also für die Erwirtschaftung von Profiten fest. Sie verleihen den ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen vorübergehende Stabilität, was für eine erfolgreiche Kapitalakkumulation bedeutsam ist. Beispiele dafür sind die Phase des Fordismus in der Nachkriegszeit und die anschließende Phase eines finanzmarktgetriebenen, neoliberalen Kapitalismus. Die gegenwärtige Krise entspräche demnach einem Übergang von einem bisherigen zu einem neuen Akkumulationsregime. Ein solches neues Regime ist jedoch, wenn überhaupt, erst in Bruchstücken erkennbar; Die Befürchtung, dass wir es mit einer tieferliegenden Systemkrise zu tun haben, die keinen nahtlosen Übergang zu einem neuen Akkumulationsregime zulässt, lässt sich leider nicht von der Hand weisen und wird von unseren Überlegungen im analytischen Rahmen der gesellschaftlichen Investitionsfunktion bestärkt. Es ist deshalb nicht auszuschliessen, dass wir auf historische Katastrophen zusteuern (wie etwa die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts).

Wir wollen hier keine Prognose abgeben. Die Situation ist unübersichtlich, teilweise auch konfus. Die laufende Welle technologischer Neuerungen könnte zumindest zu einer ›Verschnaufpause‹ im Krisenverlauf führen. Eine Wende zu einem neuen stabilen Akkumulationsregime, das sich ohne massive Eingriffe der Politik in das Wirtschaftsgeschehen durchsetzt, halten wir aber für sehr unwahrscheinlich. Denkbar und wünschbar wäre hingegen eine breite Wende in den politischen Kräfteverhältnissen, verbunden mit einer massiven Rückverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach ›unten‹. Auf einer solchen Basis könnte der finanzgetriebene Kapitalismus zugunsten eines neuen, innovations- und care-basierten Regimes überwunden werden. Plakativ formuliert: Das skandinavische Care-Modell wird mit einem Green New Deal und einer Neuordnung der Welthandelsbeziehungen zugunsten der Länder des globalen Südens kombiniert. Eine solche Wende liesse sich durchsetzen, wenn sich genügend gesellschaftliche und politische Kräfte zusammenfinden, die eine Konfrontation mit den Interessen der globalen Konzerne nicht scheuen. Gleichzeitig muss es gelingen, den nationalistischen Ambitionen eine klare Absage zu erteilen. In der Summe würde dies auch erforderlich machen, die Dominanz der Kapitalakkumulation als massgebendes Verfahren der Bereitstellung von Investitionsmitteln abzulösen und die Gesellschaftliche Investitionsfunktion damit grundlegend zu verändern. Damit würde der Kapitalismus überwunden.

Was ist die gesellschaftliche Investitionsfunktion?

Die ersten Menschen ernährten sich vom Jagen und Sammeln. Einen Mehrertrag, der über den unmittelbaren täglichen Bedarf hinausgegangen wäre, erzielten sie nur sporadisch. Erst mit der Entwicklung der Landwirtschaft konnte ein regelmässiger Überschuss an lebensnotwendigen Gütern erreicht werden. Der regelmässige landwirtschaftliche Mehrertrag bot die Voraussetzung dafür, dass die Herstellung von Gebäuden, Geräten, Waffen, Gefässen, Kleidern usw. laufend verbessert werden konnte. Investitionen wurden nun zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kategorie. Die Strukturen und Prozesse, die im Zusammenhang mit Investitionen stehen, bezeichnen wir als gesellschaftliche Investitionsfunktion: Wie und durch wen werden Ersparnisse erzielt, wie also wird ein regelmässiger Mehrertrag gesichert, der nicht verkonsumiert wird? Wie wird dieser Mehrertrag verteilt? Wer entscheidet über die investive Verwendung dieses Mehrertrags, nach welchen Interessen und unter welchen Rahmenbedingungen? Der Bau von weitläufigen landwirtschaftlichen Bewässerungssystemen und machten eine Zentralisierung des gesellschaftlichen Reichtums nötig, weil nur so genügend Mittel vereint werden konnten, um aufwändige Projekte realisieren zu können. Kriegerische Auseinandersetzungen vermittelten weitere mächtige Anstösse für die Zentralisierung von Reichtum und Macht. Die Ausbildung der gesellschaftlichen Investitionsfunktion ging deshalb einher mit sozialen Differenzierungen und mit der Ausbildung gesellschaftlicher Klassen. Die Investitionsfunktion wurde durch die Verteilungsfrage überlagert. Die herrschenden Schichten eigneten sich einen erheblichen Teil des erarbeiteten Reichtums für ihre eigenen Konsumbedürfnisse und für kriegerische respektive räuberische Vorhaben. Die hat den gesellschaftlichen Fortschritt in erheblichem Masse behindert und verlangsamt.

Das änderte sich im Kapitalismus grundlegend: Jetzt sammelt sich der Reichtum in den Händen des Unternehmertums an, dessen gesellschaftliche Position auf dem Besitz von Kapital beruht, das überwiegend wieder investiert wird (und nur zu einem Bruchteil konsumiert). Während Herrschaft in früheren Gesellschaften häufig einen überwiegend parasitären respektive räuberischen Charakter hatte, verbindet sich im Kapitalismus die gesellschaftliche Investitionsfunktion mit der Art und Weise, wie gesellschaftliche Macht hergestellt wird.

Das kapitalistische Investitionsprinzip ist jedoch oft ungeeignet war, wenn übergeordnete gesellschaftliche Funktionen gesichert werden sollen. Der Staat übernimmt deshalb eine Reihe von Aufgaben: Die Energie- und Wasserversorgung, das öffentliche Transportwesen, öffentliche Schulen und so weiter. Im Ergebnis tritt die Investitionsfunktion im Kapitalismus als Mischform auf: Die private Kapitalakkumulation dominiert, wird aber ergänzt mit Formen öffentlich geregelter Investitionstätigkeit. Dem Staat werden jedoch Gewinn bringende Tätigkeiten verwehrt (diese sollen aus-

schliesslich von privater Seite erbracht werden). Entsprechend verfügt er über keine eigenständige investive Dynamik. Die Mittel für staatliche Aufgaben müssen durch Steuern, Gebühren oder durch die Aufnahme von Geldmitteln auf den Kapitalmärkten (Staatsanleihen) aufgebracht werden. In den gegenwärtigen ökonomischen Statistiken wird nur das als Investition erfasst, was in Form von Geld vorliegt. Das führt zu Verzerrungen der realen Prozesse und langfristig zu tiefgreifenden Krisen. Beispiele: Ein Grossteil der Aktivitäten, die die Qualität des Internets als Kommunikations- und Informationsplattform ausmachen, wird nicht als ökonomisch ›erkannt‹ und deshalb auch nicht gezielt gefördert. Investitionen in den Aufbau von Kindertagesstätten, in die Ausbildung des Personals usw. erscheinen als gesellschaftliche Kosten, und nicht als Investitionen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit, durch die eine Fülle von Tätigkeiten einer ›entkommerzialiserten Ökonomie‹ gefördert würde, erscheint als Desinvestition, weil dadurch das in Geld gemessene Wirtschaftsprodukt sinkt.

Anmerkungen

- 1 Die Nachfrage misst sich dabei, wie schon erwähnt, eben nicht zwingend am gesellschaftlichen Bedarf, sondern an den profitablen Investitionsmöglichkeiten. Im privaten Sektor der kapitalistischen Wirtschaft wird nur investiert, wenn dabei Profite zu erwarten sind. Ohne Profitaussichten wird nicht investiert – auch dann nicht, wenn ein dringender Bedarf (z.B. Hunger, mangelnde Gesundheitsversorgung, dringende Massnahmen zum Schutz der Umwelt etc.) vorhanden ist. Deshalb sind der qualitative und der quantitative Aspekt der GIF im Kapitalismus auch nicht identisch.
- 2 Erfolgreicher waren die Bemühungen, mittels Patent- und Lizenzregelungen Monopolstellungen auf den jeweiligen Märkten zu erreichen, was mit zur Stabilisierung und zur Steigerung der Profitraten geführt hat.

Literatur

- Baumol, William J. (2012): *The Cost Disease*. New Haven & London.
- Baumann, Hans (2017): Lange vorbei: Gewinne sind nicht mehr die Jobs von morgen. In: *WORK*, Zeitung der Gewerkschaft Unia, 17.2.2017, S.11.
- Demirović, Alex et al (2011): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.
- Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2014): *Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der Gesellschaftlichen Investitionsfunktion*. Zuletzt publiziert in: Denknetz (Hrsg.): *Die überflüssige Schweiz*. Zürich.
- Huffschmid, Jörg (2009): *Die Krise der Finanzmärkte und die Antwort der Regierungen*. In: Denknetz-Jahrbuch 2009. Zürich.
- Husson, Michel (2009): *Crise de la finance ou crise du capitalisme?* In: Denknetz-Jahrbuch 2009. Zürich.
- Madörin, Mascha (2011): *Das Auseinanderdriften der Arbeitsproduktivitäten: Eine feministische Sicht*. In: Denknetz-Jahrbuch 2011. Zürich.
- Meier, Markus Diem (2017): *Wenn Roboter unsere Arbeit übernehmen*. In: *Tages-Anzeiger*, 17.6.2017, S. 8.
- PROKLA-Redaktion (2016): *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*. In: PROKLA Nr. 185/2016. www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2016/prokla-redaktion.pdf.
- Summers, Larry (2013): *Remarks at the IMF Annual Research Conference*. November 8th 2013. <http://larrysummers.com/imf-fourteenth-annual-research-conference-in-honor-of-stanley-fischer>.